



PARTEI der
HUMANISTEN **NW**

RATIONAL FÜR NRW

**PROGRAMM FÜR DIE LANDTAGSWAHL
2022 DER PARTEI DER HUMANISTEN
NORDRHEIN- WESTFALEN**

INHALT

1.	Rationale Lösungen für NRW.....	3	8.	Rationale Lösungen für die Gesundheit unserer Mitmenschen.....	22
2.	Rationale Lösungen für das Klima.....	4	8.1.	Die Pflege	22
2.1.	Effizienten Klimaschutz	4	8.2.	Evidenzbasierte Medizin.....	23
2.2.	Klimaneutrale Energieversorgung.....	5	8.3.	Die solidarische Bürgerversicherung	23
2.3.	Co2-neutrale Energie	6	8.4.	Selbstbestimmtes Leben bis zum Schluss	24
2.4.	Intelligente Energienetze	7	9.	Rationale Lösungen für Bildung	25
2.5.	Klimakompensation.....	7	9.1.	Europäische Bildungsstandards	25
3.	Rationale Lösungen für technologieoffene Landwirtschaft	8	9.2.	Ethikunterricht	26
3.1.	Vielfältige Ökosysteme.....	9	9.3.	Digitale Bildung	26
3.2.	Die Bedürfnisse von Tieren	9	10.	Rationale Lösungen für kulturelle Vielfalt	28
4.	Rationale Lösungen für lebenswerten Wohnraum	10	10.1.	Ein faires miteinander.....	28
4.1.	Attraktives Leben auf dem Land	10	11.	Rationale Lösungen für Säkularisierung....	29
4.2.	Die Städte der Zukunft.....	11	12.	Rationale Lösungen für Transparenz.....	30
4.3.	Einen fairen Wohnungsmarkt.....	11	13.	Rationale Lösungen für My Body, My Choice!	31
4.4.	Soziales Wohnen.....	12	13.1.	Legalisierung	32
5.	Rationale Lösungen für nachhaltige Mobilität und moderne Infrastruktur	13	13.2.	Entstigmatisierung von Sexarbeit	32
5.1.	Eine nachhaltige Verkehrswende.....	13	14.	Rationale Lösungen für Digitalisierung	34
5.2.	Zukunftsfähige Infrastruktur in ganz Europa.....	14	14.1.	Digitale Selbstbestimmung und Privatsphäre	34
5.3.	Raumfahrt.....	14	14.2.	Open source	35
6.	Rationale Lösungen für Soziale Gerechtigkeit	16	14.3.	Meinungsfreiheit im Internet.....	35
6.1.	Familien	16	15.	Rationale Lösungen für die Wissenschaft.....	37
6.2.	Inklusion	18	15.1.	Open Data & Open Access	37
6.3.	Ein Bedingungsloses Grundeinkommen	18	16.	Rationale Lösungen für Europa	39
7.	Rationale Lösungen für die soziale Marktwirtschaft.....	20			
7.1.	Alle Marktteilnehmer	21			

1. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR NRW

Wir sind Humanisten und unser Herz brennt für Fakten. Wir wollen für NRW eine rationale und fortschrittliche Politik, die individuelle Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung miteinander vereint. Dafür braucht es Veränderungen und neue Kräfte in der politischen Landschaft. Wir stehen für eine progressive Herangehensweise an die Herausforderungen des 21.

Jahrhunderts, die Fakten stärker berücksichtigt und überholte Dogmen und Strukturen überwindet. Unsere Welt ist im stetigen Wandel – wir sind überzeugt, dass auch die größten Herausforderungen unserer Zeit wie der Klimawandel und die damit verbundene Energiewende, die Gefahr einer sozialen Spaltung und wachsender Populismus konstruktiv, aufgeklärt und evidenzbasiert gemeistert werden können. Unser Denken und Handeln setzt sich für ein erfülltes Leben aller Menschen ein. Selbstbestimmung und Menschenrechte, Freiheit und Sicherheit, Möglichkeiten zur Entfaltung und Weiterentwicklung stehen für uns über Dogmen und Ideologien. Um eine Welt zu schaffen, in der all dies selbstverständlich

ist, brauchen wir starke und gemeinschaftliche staatliche Strukturen, die diese Grundsätze respektieren und schützen. Die Menschen selbst tragen die Verantwortung, diese Welt zu gestalten, zu kommunizieren, und daran mitzuwirken, auch den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft Teilhabe und Selbstentfaltung zu ermöglichen. Wir können uns selbst überflügeln – wir wollen die Neugierde, den Gestaltungswillen, den Forschergeist in die Mitte unserer Gesellschaft bringen. Wir haben keine Angst vor Innovation, sondern begegnen neuen Erkenntnissen und Technologien offen und neugierig. Evidenz und Enthusiasmus ergänzen einander – wir haben Lust auf die Zukunft und wollen diese aktiv gestalten – mit Herz und Verstand! Für den Griff nach den Sternen braucht es ein solides Fundament – in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022 haben wir unsere Vision einer humanistischen Politik für NRW, Deutschland und Europa, sowie über alle Grenzen hinaus, festgehalten.

2. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR DAS KLIMA

Ohne Zweifel ist der Klimawandel eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Wir stehen für eine konsequente Klimaschutzpolitik, die darauf ausgerichtet ist, die Erderwärmung auf 1.5° C zu begrenzen. - Andernfalls drohen verheerende Folgen für Mensch und Umwelt. Die beiden Ziele unseres klimapolitischen Handelns sind das Aufhalten des menschengemachten Klimawandels sowie die Kompensation seiner bis dahin auftretenden negativen Auswirkungen. Erfolgreiche Klimaschutzpolitik funktioniert nur, wenn möglichst viele politische und

gesellschaftliche Akteure – von der Kommune bis zur Weltgemeinschaft – an einem Strang ziehen. Als Zivilgesellschaft übernehmen wir gemeinsam Verantwortung. Gelebter Humanismus bedeutet für uns nicht nur Selbstbestimmung, sondern auch Selbstverantwortung. Klimaschutz endet nicht an nationalen Grenzen. Sowohl der Aufbau internationaler Klimaschutzbündnisse als auch der einer internationalen Energieinfrastruktur auf Basis CO2-armer Technologien muss aktiv vorangetrieben werden

2.1. EFFIZIENTEN KLIMASCHUTZ

Klimaschutz ist eine dringliche Herausforderung – die globale Erwärmung schreitet schnell voran, die Auswirkungen sind bereits seit Jahren spürbar und zudem besteht die Gefahr, dass das Überschreiten klimatischer Kipppunkte diese Entwicklungen noch weiter beschleunigt. Klimapolitische Maßnahmen müssen daher möglichst effizient und breit ausgestaltet werden. Eine zentrale Maßnahme ist die Ausweitung der CO2-Bepreisung, um flächendeckend ein klimabewusstes Konsumverhalten und nachhaltiges Wirtschaften zu erreichen. Damit Verbote gar nicht erst notwendig werden, möchten wir derartige indirekte

Maßnahmen präventiv einsetzen. Durch die Bepreisung klimaschädlicher Gase wird es automatisch attraktiver, in CO2-neutrale Energieerzeugung zu investieren, bewussterer Konsum wird belohnt und Innovationen werden vorangetrieben. Die Kosten des Klimawandels müssen sich auf jedes einzelne Produkt niederschlagen, welches den Klimawandel direkt verursacht, also nicht klimaneutral erzeugt wird. Eine hinreichend hohe CO2-Steuer und ein Emissionshandel verteuern bestimmte Produktions- und Logistikketten und motivieren so einen Wandel zu günstigerem, klimafreundlicherem Wirtschaften und

entsprechenden Investitionen. Statt einer Klimapolitik, die immer wieder mit kleinteiligen Einzelmaßnahmen reagiert, streben wir eine technologieoffene Energiepolitik an, die nach Bedarf reguliert. Dies bietet mehr Raum für die Förderung und Umsetzung von Neuerfindungen, die uns bei der Bekämpfung des Klimawandels nützlich sein können. Eine

effiziente, emissionsarme und klimafreundliche Energiepolitik ist möglich. Noch können wir unsere Ziele erreichen, indem wir auf eine intelligente Kombination aus Niedrigkohlenstoff-Technologien setzen. Ein schnelles Umdenken ist aber dafür die Voraussetzung.

2.2. KLIMANEUTRALE ENERGIEVERSORGUNG

Für eine erfolgreiche Energiewende benötigen wir ein strategisches und umfassendes Konzept, das sich flexibel an wissenschaftlichen Erkenntnissen und verfügbaren Technologien orientiert. Ein starres, von realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten unabhängiges Ziel würde zwangsweise scheitern. Letztlich muss auch der steigende Elektrizitätsbedarf, beispielsweise durch eine Elektrifizierung des Individualverkehrs, berücksichtigt werden. Dazu setzen wir auf die Förderung, Erforschung, Entwicklung und Umsetzung bestehender und neuer klimafreundlicher Technologien zur Energieerzeugung, -einsparung und -verteilung. Wir lehnen ideologisch geprägte Herangehensweisen ab, die auf wissenschaftlich nicht haltbaren Konzepten und auf festgefahrenen Meinungen basieren. Der Umstieg auf eine klimaneutrale Energieversorgung muss konsequent und schnell umgesetzt werden. Die Energiegewinnung durch Kohle muss in NRW bis spätestens 2030 beendet und die Rodung der Wälder und

Zerstörung ganzer Ortschaften gestoppt werden. Damit dies gelingt, müssen die erneuerbaren Energien schnell und nachhaltig ausgebaut werden. Hierfür brauchen wir eine flächendeckende Verfügbarkeit effizienter Energiespeichertechnologien, deren Weiterentwicklung und Verwendung gezielt gefördert werden muss. Die Erforschung von zukunftsfähigen Kraftwerkskonzepten, wie Kern- und Fusionsreaktoren sowie von Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung muss weiter vorangetrieben werden. Der Einsatz neuer Technologien muss dabei stets objektiv auf Nutzen und Risiken geprüft und verantwortungsvoll umgesetzt werden. Dadurch sichern wir nicht nur unsere Stromversorgung und den Klimaschutz, wir schützen auch langfristig die Umwelt. Die Abschaltung der letzten verbliebenen Kernkraftwerke wird in Zukunft zu einer erheblichen Versorgungslücke führen, die die aktuell stark steigenden Energiepreise weiter befeuert.

Obwohl in NRW keine aktiven Kernkraftwerke stehen, sind wir somit auch unmittelbar davon betroffen. Wir stehen auch für den Erhalt von Deutschlands einziger Anlage zur Urananreicherung in Gronau. Sollte Deutschland seinen Irrweg des Ausstiegs aus der Kernkraft beenden, stehen uns so

weiterhin Brennstäbe „Made in Germany“ zur Verfügung. Zudem sind viele unserer europäischen Nachbarn auf diese Brennstäbe angewiesen. Und wenn wir unsere Kernkraftwerke ausgeschaltet haben, brauchen wir deren Kernenergie, um unsere Versorgungslücken zu stopfen.

2.3. CO2-NEUTRALE ENERGIE

Wir stehen für eine Energiewende, welche zielgerichtet und verantwortungsvoll die Dekarbonisierung der Primärenergie vorantreibt. Dabei verfolgen wir eine Strategie einer schnellstmöglichen Umsetzung von Klimaneutralität. Energie kann auf zahlreiche Arten erzeugt werden – ob Solarenergie, Wind- oder Wasserkraft, Geothermie oder Kernenergie: jede Erzeugungsart muss auf Basis der aktuellen sowie zukünftigen Bedürfnisse und Risiken vorurteilsfrei geprüft und eingesetzt werden. Dies muss stets auf Basis des aktuellen Stands von Forschung und Entwicklung erfolgen. Erneuerbare Energieerzeugung in Kombination mit zentralen oder dezentralen Speichern wird in NRW eine tragende Rolle spielen, jedoch

müssen dafür politische und technologische Hindernisse abgebaut werden. Auch wenn Gaskraftwerke derzeit zur Kompensation wetterabhängiger Energiequellen bevorzugt werden, muss eine vollständige Dekarbonisierung der Stromerzeugung als Ziel gesetzt werden. Dahingehende Forschung muss eine breitgefächerte Förderung erhalten. Die öffentliche Hand muss hier eine Vorreiterrolle spielen, aber es müssen vor allem finanzielle Anreize und raumplanerische Maßnahmen getroffen werden. Von der Solaranlage am Einfamilienhaus bis zur Offshore-Wind-Großanlage brauchen wir Förderung mit unmittelbarer Umsetzungsperspektive.

2.4. INTELLIGENTE ENERGIEKETZE

Die Energiewende kann nur funktionieren, wenn sie sektorenübergreifend, bspw. unter Einbeziehung von Prozesswärme aus Industrie und Gewerbe oder privaten Speicherlösungen, umgesetzt wird. Erneuerbare Energien brauchen Speicher und Verteilungsnetze, damit die Energie auch bedarfsgerecht zum Verbraucher gelangen kann. Wir brauchen daher eine intelligente Energieinfrastruktur. Da die Primärenergie nicht allein aus nationalen Quellen gedeckt werden kann, müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern eine neue Versorgungsinfrastruktur etablieren. Zusätzlich bedarf es auf kommunaler Ebene intelligenter Lösungen wie Smart

Grids, um die verschiedenen dezentralen Energieerzeuger in das Netz einzubinden. Dabei müssen sowohl Produktions- als auch Verbrauchsschwankungen effizient kompensiert werden. Durch die mit der Energiewende einhergehende Umstellung von fossilen Energieträgern auf CO₂-arme Energiequellen müssen Abnehmer mit Strom versorgt werden, die bisher mit Kohle, Öl oder Erdgas arbeiten. Hierfür muss das Stromnetz ausgebaut und gegebenenfalls andere Infrastrukturen geschaffen oder umfunktioniert werden. Ebenso möchten wir die Weiterentwicklung von Power-2-X-Technologien fördern.

2.5. KLIMAKOMPENSATION

Der Klimawandel schreitet unaufhörlich voran. Selbst wenn Deutschland seine Klimaschutzziele national einhalten sollte, wird dies, global betrachtet, nicht ausreichen. Daher wollen wir uns schon heute auf die Veränderungen von morgen vorbereiten. Zum einen können Maßnahmen zur Klimaadaptation umgesetzt werden, unter anderem die Anpassung unserer Stadtplanung zugunsten von Grün- und Wasserflächen und die Reduktion innerstädtischer Wärmequellen, um die zusätzliche Hitze vor Ort zu reduzieren. Zum anderen können Kohlenstoff-Senken

errichtet werden, beispielsweise durch den Aufbau von Wäldern und Mooren. Dazu zählt auch die Renaturierung der Braunkohleabbaugebiete in Garzweiler oder Hambach. Auch kann Kohlenstoffdioxid aus der Luft oder industriellen Abgasen gefiltert und entweder gespeichert oder sogar zu Energieträgern wie eFuels umgewandelt werden. Diese und andere Methoden des Geoengineerings werden notwendig sein, um den anhaltenden Veränderungen durch den Klimawandel zu begegnen.

3. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR TECHNOLOGIEOFFENE LANDWIRTSCHAFT

Durch einen technologieoffenen Ansatz in der Agrarpolitik möchten wir eine Landwirtschaft realisieren, die mit minimalem Ressourceneinsatz und Flächenverbrauch maximale Erträge liefern kann. Mithilfe einer optimalen Nutzung bisheriger Flächen und einer Kombination aus alt bewährten und neuen Methoden wollen wir unsere Landwirtschaft einerseits für kommende klimatische Veränderungen anpassungsfähig machen und andererseits Naturräume für biologische Vielfalt schaffen. Dadurch wird die Landwirtschaft der Zukunft nur noch geringe negative Einflüsse auf das Weltklima haben. Ein Kernanliegen der Partei der Humanisten NRW ist, dass politische Entscheidungen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden. Wir möchten den Diskurs um Gentechnik versachlichen und ein Gegengewicht zu faktenfernen politischen Entscheidungen sein. Die wissenschaftliche Studienlage zu Gentechnik ist eindeutig, deshalb befürworten wir diese Technologie und

möchten sie fördern und ihr entgegenstehende Barrieren abbauen. . Um eine technologieoffene und wirklich nachhaltige Landwirtschaft zu realisieren, setzen wir uns für die Förderung der Erforschung, Entwicklung und Etablierung von Mitteln und Methoden ein, die nicht länger in einer vermeintlichen Spaltung der Landwirtschaft in ökologisch/ unökologisch feststecken. Im Anbau gentechnisch modifizierter Pflanzen sehen wir auf europäischer Ebene noch ungenutztes Potenzial, um bei optimaler Flächennutzung höhere Erträge zu erzielen. In Ballungsräumen, wie dem Ruhrgebiet, betrachten wir Konzepte wie Urban- und Vertical Farming als vielversprechende Landwirtschaftsformen. Verstärkte Automatisierung und Digitalisierung werden die Landwirtschaft der Zukunft vereinfachen und in ihrer Effizienz steigern. Forschung in all diesen Bereichen soll staatlich stärker gefördert werden.

3.1. VIELFÄLTIGE ÖKOSYSTEME

Wir Menschen sind Teil der Natur, aber als hochentwickelte Lebewesen tragen wir auch die Verantwortung dafür, unsere Innovationen und Technologien zu ihrem Schutz einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass die Erde für uns und unsere Mitspezies auch weiterhin ein lebenswertes Zuhause bietet. Prävention und Regeneration sind unsere zentralen Konzepte für den Schutz von Umwelt und Biodiversität. Das Ausmaß an Zerstörung und Verschmutzung von Lebensräumen muss verringert werden. Durch Regeneration, also das Beseitigen von Umweltbelastungen und etwa die Wiederansiedlung von Tieren und Pflanzen,

können wir Ökosysteme stärken und den fortschreitenden Verlust von Biodiversität verlangsamen und begrenzen. Gesellschaftliches und politisches Bewusstsein für diese Verantwortung wachsen durch Aufklärung und Bildung, daher sind diese neben einer gezielten Förderung zur Erforschung von Technologien zur Erhaltung von Biodiversität und Stärkung von Lebensräumen essenziell. Wir wollen mehr Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen schaffen – dies können wir durch eine effizientere Nutzung von Flächen erreichen, die die Freigabe von Lebensräumen ermöglicht.

3.2. DIE BEDÜRFNISSE VON TIEREN

Dank ausgiebiger Forschung besitzt die Menschheit eine gute Wissensgrundlage über die Bedürfnisse und Empfindungsfähigkeit der in unserer Obhut lebenden Tiere. Es ist unsere ethische Pflicht als Gesellschaft, für das Wohlergehen dieser Tiere zu sorgen und Leid zu verringern. Dieses Ziel muss höher gewichtet werden als Traditionen, Unterhaltung, religiöse Riten oder wirtschaftliche Interessen. Wir fordern, die Missstände in der Tierhaltung zu beenden. Dazu setzen wir auf die Erforschung tierfreier Alternativprodukte als Ergänzung zu konventionellen Produkten, wie zum Beispiel Kulturfleisch aus dem Labor. Dies

gilt für den medizinischen und insbesondere den Nahrungssektor. Aber auch die Rechte von Tieren in unserer Obhut müssen gestärkt und konsequent durchgesetzt werden. So setzen wir uns für den Abbau bürokratischer Hürden und eine Gesetzgebung ein, die beispielsweise die Aufzucht von Bruderküken und einen artgerechten Lebensabend von Milchkühen fördert, sowie Kastenstände und andere Haltungsformen unter minimalen Platzverhältnissen verbieten. Zudem möchten wir das Recht von Menschenaffen auf körperliche und psychische Unversehrtheit im Grundgesetz verankern.

4. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR LEBENSWERTE WOHNRaum

Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene Wohnung. Als Folge des über Jahrzehnte von der Politik vernachlässigten Wohnungsbaus gibt es in NRW heute jedoch kaum noch ausreichend und bezahlbaren Wohnraum. Auch bei der Entwicklung des öffentlichen Raums wurde über lange Zeit nicht die Lebensqualität der Menschen in den Mittelpunkt gestellt. Wohnungsbau sowie Raum- und Siedlungsentwicklung brauchen einen langen Planungshorizont. Maßnahmen in diesem Bereich zeigen oft erst nach vielen Jahren eine Wirkung. Eine nachhaltige und weitsichtige Politik muss zukünftige Bedürfnisse frühzeitig erkennen und entsprechend proaktiv agieren, ohne sich kurzfristigen Trends

oder Dogmen zu unterwerfen. Unser Ziel ist, einen fairen Wohnungsmarkt in einem lebenswerten Umfeld zu garantieren. Dafür muss die Gesetzgebung erheblich angepasst werden: Bürokratische und andere Hürden für den Wohnungsbau müssen abgebaut werden. Dabei gilt es sicherzustellen, dass für alle sozialen Schichten ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Neubau und Sanierungen für den privaten Gebrauch sollten steuerlich spürbar entlastet werden. Der Wohnungsdruck auf städtische Regionen kann vermindert werden, indem das Leben auf dem Land durch Investitionen in Infrastruktur, Versorgung und Kultur attraktiver wird.

4.1. ATTRAKTIVES LEBEN AUF DEM LAND

Wir wollen den ländlichen Raum aufwerten: Jeder Mensch sollte unabhängig vom Wohnort ein selbstbestimmtes Leben führen und an unserer modernen und digitalen Gesellschaft teilhaben können, ohne abgehängt zu werden. Um Metropolregionen, wie das Ruhrgebiet, zu entlasten und das Leben auf dem Land attraktiver zu gestalten, muss vor allem in eine bessere Verkehrsanbindung und

digitale Infrastruktur investiert werden. Dem Trend einer rückläufigen Nahversorgung mit Lebensmitteln, medizinischen Angeboten und Bildungseinrichtungen wollen wir durch geeignete Maßnahmen gezielt entgegenwirken. Damit wird der Zuzug in ehemals strukturschwache Gebiete gefördert und diesen neues Leben eingehaucht.

4.2. DIE STÄDTE DER ZUKUNFT

Die meisten Menschen in NRW leben in Städten, in denen es eine hohe Diversität an Arbeitsplätzen, Versorgungsmöglichkeiten, Kulturangeboten und sozialem Umfeld gibt. Durch die sich verschärfende Wohnungsnot und eine an Grenzen stoßende Infrastruktur stehen jedoch vor allem Großstädte vor großen Herausforderungen. Um diese zu lösen, braucht es eine langfristige und nachhaltigere Stadtentwicklung. Neue Projekte sollen immer auf Basis einer Konzeptvergabe erfolgen, die – statt

ausschließlich auf finanziellen – auch auf sozialen und ökologischen Kriterien basiert: Für den Wohnungsbau wollen wir bürokratische und andere Hürden weitestgehend abbauen. Es gilt sicherzustellen, dass für alle sozialen Schichten ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Anstatt in die Fläche zu wachsen und weitere Grünflächen zu versiegeln, streben wir eine Nachverdichtung der Innenstädte und verstärktes Bauen in die Höhe an. Den Einsatz von nachwachsenden Baustoffen wollen wir fördern.

4.3. EINEN FAIREN WOHNUNGSMARKT

Alle Menschen sollen einen fairen Zugang zum Wohnungsmarkt bekommen. Eine angemessene Wohnung ist ein Menschenrecht und darf nicht zu Armut führen. Um das zu erreichen, muss die Politik besser regulierend eingreifen. Starre Kontrollkonstrukte wie Mietpreisbremsen oder Mietendeckel adressieren die Symptome eines überhitzten Wohnungsmarktes, ohne die Ursachen zu lösen. Wir wollen stattdessen neuen Wohnraum schaffen, welcher für alle sozialen Schichten zugänglich ist. Dabei können bewährte marktwirtschaftliche Elemente eine kluge Regulierung bedarfsgerecht ergänzen. Auch

unkonventionelle und alternative Wohnformen sollten dabei berücksichtigt werden. Mit Zweckentfremdungsverboten und Milieuschutz-Regeln wollen wir gewachsene soziale Strukturen erhalten. Leerstand sollte identifiziert und dem Wohnungsmarkt zurückgegeben werden. Selbstgenutztes Wohneigentum ist vermögensbildend und schützt vor Armut im Alter. Viele Menschen können aufgrund der hohen Marktpreise jedoch kaum noch Immobilien finanzieren. Diese wollen wir bei Erwerbsnebenkosten, Maklergebühren und Grunderwerbssteuern weiter entlasten.

4.4. SOZIALES WOHNEN

Bezahlbarer Wohnraum wird in unseren Städten immer seltener. Ganz besonders trifft dies Menschen ohne oder mit nur geringem Einkommen, die auf gefördertem Wohnraum dringend angewiesen sind. Dessen Bereitstellung ist essenzieller Bestandteil eines solidarischen Wohnungsmarktes. Die Finanzierung muss langfristig abgesichert und durch den Erhalt und den weiteren Aufbau der öffentlichen Wohnungsbauunternehmen gefördert werden. Sozialer Wohnraum

sollte aber nicht an bestimmte Wohnungen fixiert, sondern auch auf andere Wohneinheiten übertragbar sein, wenn eine Sozialbindung nicht mehr notwendig ist. Des Weiteren gilt es, den Aufbau von genossenschaftlichem und gemeinnützigem Wohnraum zu unterstützen. Um wohnungslosen Menschen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen, unterstützen wir „Housing First“ als nachhaltiges Fundament zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit.

5. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR NACHHALTIGE MOBILITÄT UND MODERNE INFRASTRUKTUR

Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Sie steht für Freiheit, Unabhängigkeit und Flexibilität und ist wichtiger Teil einer funktionierenden Gesellschaft. Wir wollen allen Menschen einen kostengünstigen Zugang zu nachhaltigen Mobilitätsangeboten ermöglichen. Dafür ist allerdings eine modernere und zuverlässigere Infrastruktur notwendig. Nicht unser Leben sollte sich nach der gebauten Infrastruktur richten, sondern umgekehrt. Personen- und Güterverkehr müssen, soweit möglich, wieder auf die Schiene verlagert werden.

Fußgänger und Radfahrer unterstützen wir durch den Ausbau von Rad(schnell)wegen und möglichst autofreien Innenstädten. Im Individualverkehr setzen wir auf eine technologieoffene Förderung von emissionsarmen Antriebskonzepten. Außerdem wollen wir den Ausbau von ÖPNV – insbesondere in ländlichen Regionen – stärken. Grundlegende Infrastruktur wollen wir wieder in die Öffentliche Hand zurückgeben. Verkehrs- und Versorgungsnetze wollen wir gezielter auf europäischer Ebene miteinander verbinden und aufwerten.

5.1. EINE NACHHALTIGE VERKEHRSWENDE

Wir setzen uns für eine nachhaltige Verkehrswende für alle Menschen ein. Dafür muss erheblich in neue Infrastruktur und umweltfreundliche Mobilitätskonzepte investiert werden. Statt bestimmte Verkehrsmittel pauschal zu verdrängen, wollen wir das Angebot flächendeckend verbessern, negative Auswirkungen einpreisen und den Wettbewerb stärken. Im Fernverkehr wollen wir ein europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz als attraktive Alternative zu Auto und Flugzeug umfangreich ausbauen. Regional muss der ÖPNV ausgebaut,

kostengünstiger und besser vernetzt werden. Das gilt insbesondere für die Anbindung des ländlichen Raums an die Metropolregionen. Wir unterstützen die „Vision Zero“ und wollen die Zahl der Verkehrstoten möglichst auf Null reduzieren. In Städten kann durch eine bessere Trennung der Infrastruktur von Auto-, Fuß- und Radverkehr sowie durch nahezu autofreie Innenstädte eine höhere Lebensqualität und mehr Verkehrssicherheit geschaffen werden. Um Straßen zu entlasten, wollen wir den Güterverkehr, soweit möglich,

auf die Schiene verlagern. Auch den Einsatz und die Entwicklung alternativer Antriebskonzepte sowie Ladekapazitäten und Speichertechnologien wollen wir ausbauen und fördern. Digitalisierung und neue Technologien wie voll-autonomes Fahren können helfen, Komfort, Sicherheit

und Effizienz zu verbessern. Auf Autobahnen und Landstraßen wollen wir verstärkt in digitale und automatisierte Verkehrsleitsysteme und -überprüfung investieren und befürworten die Einführung eines flexiblen Tempolimits.

5.2. ZUKUNFTSFÄHIGE INFRASTRUKTUR IN GANZ EUROPA

Zukunftsfähige und resiliente Infrastruktur und Verkehrsnetze sind die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg NRWs, Deutschlands und Europas. Dafür muss die Entwicklung gemeinsamer Standards für Qualität, Zuverlässigkeit, Verfügbarkeit und Umweltfreundlichkeit stärker vorangetrieben und deren Umsetzung überprüft werden. Wir wollen, dass alle europäischen Bürger in gleicher Weise Zugang zu grundlegender Infrastruktur haben. Verkehrs- und Versorgungsnetze sowie Schulen und Krankenhäuser wollen wir dabei in Öffentlicher Hand belassen

bzw. in diese zurückführen. Wir wollen ein gesamteuropäisches Hochgeschwindigkeitsnetz, welches nationale Netze und Strecken nahtlos miteinander verbindet. Auch in regionale Schienennetze und öffentliche Verkehrssysteme muss überall in Europa und in gleicher Qualität stärker investiert werden. Für die Umsetzung dieser Ziele fordern wir ein starkes und mit weitreichenden Kompetenzen und Finanzmitteln ausgestattetes europäisches Verkehrsministerium.

5.3. RAUMFAHRT

Der Blick zu den Sternen war Inspiration für Generationen von Menschen. Seit dem letzten Jahrhundert ist die Nutzung des Weltraums ein unverzichtbarer Teil des modernen Lebens geworden. Satelliten spielen eine wesentliche Rolle in der Erforschung des Weltraums und in vielen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen, wie der Kommunikation, der Klimaforschung und dem

Katastrophenschutz. Zukünftig wird die Zahl der Weltraumakteure und -aktivitäten noch weiter zunehmen. Daher brauchen wir auch verbindliche Maßnahmen zur Reduzierung von Weltraumschrott. Als fortschrittsorientierte Partei sprechen wir uns klar für den Ausbau und die Weiterentwicklung sowie den verantwortungsvollen Einsatz von Weltraumtechnologien aus.

Dem Technologie- und Wissensstandort NRW, der EU und der Europäischen Weltraumagentur (ESA) ordnen wir eine maßgebliche Bedeutung zu. Wir fordern ein umfassendes deutsches Weltraumgesetz und die Förderung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) und universitärer

Weltraumforschung sowie die Förderung der deutschen Raumfahrtindustrie und Start-ups. Wir brauchen eine enge Kooperation mit internationalen Partnern, insbesondere der ESA und der EU, und ein globales Weltraumverkehrsmanagementsystem.

6. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Eine Gesellschaft muss die Chance auf individuellen Wohlstand bieten, Teilhabe und persönliche Entfaltung ermöglichen und Sicherheit, Gesundheit und Bildung für jedes ihrer Mitglieder gewährleisten. Dafür muss sie insbesondere ihre vulnerabelsten Mitglieder schützen und fördern.

Deswegen nehmen wir den Menschen als Individuum in den Blick unserer Politik. Humanistische Sozialpolitik setzt auf Hilfe zur Selbsthilfe, Chancengleichheit und Unterstützung in Not. Im Mittelpunkt steht für uns die Selbstbestimmung des Einzelnen. Es ist unsere Überzeugung, dass zum Fortschritt unserer Gesellschaft geleistete Beiträge dabei so vielfältig sein können wie die Menschen, die in ihr leben. Wir trauen Menschen zu, selbst zu entscheiden, ob dieser Beitrag in Form von Erwerbsarbeit, Care-Arbeit,

Selbstständigkeit, ehrenamtlicher Tätigkeit, künstlerischer Betätigung oder anderer gemeinnütziger Beschäftigung erfolgt. Deswegen treten wir für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Unser Ziel ist, dass jeder Mensch frei von Zwängen und ohne Existenzängste seinen eigenen Lebensentwurf umsetzen kann. So steht auch das Wohlergehen der Kinder im Mittelpunkt unserer Familienpolitik. Wir setzen uns für die Einführung eines bedingungslosen und existenzsichernden Grundeinkommens ein. Wir machen uns zudem für die bundesweite Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus und die Unterstützung von Wohnungsgenossenschaften stark. Housing-First-Projekte zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit wollen wir flächendeckend einführen.

6.1. FAMILIEN

Familien sind das Umfeld, in dem Kinder aufwachsen. Ausschlaggebend für eine gute Kindheit sind Zuneigung und Fürsorge der Erziehungsberechtigten und Bezugspersonen. Die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen allerdings auch, dass sich neue Familienmodelle etablieren und dass in einer sich wandelnden Gesellschaft auch neue

Herausforderungen auf Kinder wie Erziehungsberechtigte zukommen. Deswegen wollen wir mit unserer Familienpolitik die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Kindeswohl betonen. Wir wollen die UN-Kinderrechte konsequent umsetzen:

Das Wohlergehen der Kinder steht im Mittelpunkt unserer Familienpolitik und hat im Zweifel auch Vorrang vor den Interessen der Eltern. Das traditionelle Familienbild wollen wir erweitern und für andere Familienentwürfe öffnen: Eine Familie ist für uns eine Gemeinschaft aus Menschen, die sich für das Zusammenleben in gegenseitiger Fürsorge und Verantwortung entscheiden. Das Geschlecht der Partner spielt dabei für uns keine Rolle. Wir setzen uns für die Ausrichtung der Familiengerichtsbarkeit im Sinne der Kinder ein. Wir machen uns für ein Grundeinkommen für Kinder stark, das höher ausfällt als das heutige Kindergeld, damit das Aufziehen von Kindern nicht zum Armutsrisiko wird. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, fordern wir flächendeckenden kostenfreien Zugang zu weltanschaulich neutralen Kindertagesstätten. Weiterhin fordern wir die vollständige rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Dies schließt das Adoptionsrecht sowie die automatische Anerkennung der Elternschaft bei Geburt ein. Auch getrenntlebende Elternteile mit gemeinsamen Kindern gelten für uns als Familie, neue Partner gehören dazu. Wie auch in der 2015 vom Europarat

verabschiedeten „Resolution 2079“ vorgesehen, stehen wir für ein paritätisches Betreuungsmodell als juristisches und gesellschaftliches Leitbild im Familienleben und nach Trennungen ein. Dazu gehört eine rechtlich gleichgestellte Residenz der Kinder bei ihren Elternteilen und eine ausgewogene Verteilung der Betreuungszeiten unabhängig vom Trauschein. Kinder- und Familienförderungen wollen wir dabei auf alle Elternhäuser gleichmäßig verteilen und insgesamt so anpassen, dass die Bedürfnisse der Kinder auf allen Seiten ohne Existenzsorgen erfüllbar sind. Abweichende Regelungen sollen weiterhin möglich sein, sofern entweder das Kindeswohl nachweislich beeinträchtigt wäre oder diese einvernehmlich getroffen werden. Wir unterstützen Maßnahmen, die die Bindung der Kinder zu ihren Bezugspersonen erhalten und fördern, z. B. Pflichtmediationen. Schon in der Schulzeit soll das Thema Elternschaft auf dem Lehrplan stehen, um psychischen Belastungen von Kindern vorzubeugen. Kinder benötigen zudem leicht zugängliche, ausgebildete Ansprechpartner für Notlagen und eine Rechtsvertretung, die unabhängig von den Erziehungsberechtigten ihre Interessen vertritt.

6.3. EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

Wir betrachten das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) als wichtigen Beitrag zur Lösung der drängendsten sozialen Probleme. Durch die Einführung des BGE erhält jeder einzelne Bürger Deutschlands eine finanzielle Grundlage, die es ihm ermöglicht, sich frei von Existenzängsten zu verwirklichen. Damit begegnen wir nicht nur Armut als solcher, sondern können auch Folgeerscheinungen wie Existenzängste, Krankheit, soziale Isolation oder Kriminalität verringern. Wir wollen, dass jeder Mensch die Chance erhält, seinen Lebensweg frei zu gestalten. Mit dem BGE erkennen wir an, dass dabei auch die notwendige finanzielle Ausstattung eines Menschen eine gewichtige Rolle spielt und schaffen Rahmenbedingungen, die jedem Menschen ein würdiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Mit einem BGE gehen wir neue Wege, die auch Risiken und Schwierigkeiten hinsichtlich

Akzeptanz, Verhaltensänderungen und Abgaben mit sich bringen werden. Deshalb soll die Einführung schrittweise erfolgen, um Fehlentwicklungen erkennen und beheben zu können. Kurzfristig unterstützen wir auch Maßnahmen, die die Hartz-IV-Gesetzgebung und das Arbeitslosengeld II hin zu einer humaneren Grundsicherung reformieren. Dazu gehören die Abschaffung von Auflagen, Sanktionen und Vermögensprüfungen sowie die Erleichterung von Hinzuverdienstmöglichkeiten – insbesondere auch für Kinder von Transferempfängern. Voraussetzung für die Finanzierung des BGEs ist ein starker Wirtschaftsstandort mit produktiven Leistungsträgern. Das BGE kann einen wichtigen Beitrag leisten, um unsere Gesellschaft an eine sich verändernde Arbeitswelt anzupassen und den damit verbundenen Wandel positiv zu gestalten.

6.2. INKLUSION

Inklusion verbindet die individuellen Stärken, Eigenheiten und Perspektiven einer jeden Person im Rahmen einer Gesellschaft. Wir sehen sie als Anspruch jedes Menschen, verschieden zu sein und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft erkennt und schätzt die Vielfalt der Menschen, ist offen für neue

Ideen und neugierig auf Andersartigkeit. Sie fördert und fordert Menschen auf der Grundlage ihrer Möglichkeiten und bietet jeder einzelnen Person Teilhabe und Chancengleichheit. Für uns ist Inklusion nicht nur ein gesellschaftliches Prinzip der Wertschätzung, Akzeptanz und Solidarität, sondern auch Teil der unantastbaren Menschenwürde.

Wir stehen für inklusives Miteinander in allen gesellschaftlichen Bereichen, unabhängig von Herkunft, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung und sozialen, ökonomischen oder anderen Voraussetzungen. Die Teilhabe von Menschen mit physischen oder psychischen Einschränkungen möchten wir besonders unterstützen. Wir setzen uns daher für eine konsequente

Umsetzung der Inklusion am Arbeitsplatz, beim Wohnen und in der Freizeit ein. Wir wollen Unternehmen mit Beratungsangeboten in ihren Bemühungen zur Inklusion unterstützen und parallel den Zugang zu Hilfen für Personen mit Behinderung vereinfachen und entbürokratisieren. Auch der Staat sollte eine Vorbildfunktion einnehmen und sämtliche staatlich finanzierten Angebote barrierefrei verfügbar machen.

7. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die soziale Marktwirtschaft ist die einzige Wirtschaftsordnung, die mit humanistischen Werten wie individueller Freiheit, fairem Interessenausgleich und Hilfe zur Selbsthilfe vereinbar ist. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft deshalb erhalten und fördern. In dieser Ordnung ist jede Art staatlicher Willkür durch rechtsstaatliche Strukturen zu unterbinden. NRW, Deutschland und Europa müssen darüber hinaus frei von monopolisierter Wirtschaftsmacht sein. Wir wollen die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern stets gleichermaßen berücksichtigt sehen. Soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit sind im Sinne der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen Maxime für das Wirtschaften. Alle Gesellschaftsebenen sollen am Wachstum teilhaben können. Wirtschaften ist kein Selbstzweck. Das Wirtschaften soll es den Menschen ermöglichen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und sich selbst zu entfalten. Deshalb heißt Wirtschaften für uns, immer den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu gehört für uns die Reduktion der Mehrwertsteuer auf Verbrauchsartikel

des täglichen Bedarfs. Wir setzen uns darüber hinaus für eine Vereinfachung des Steuersystems durch kontinuierlichen Abbau von Ausnahme- und Sonderregelungen ein. Das erhöht Transparenz und Gerechtigkeit. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Verhinderung von Steuerflucht und die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Unser Ziel ist dabei eine soziale und faire Gesellschaft, in der Leistung und unternehmerische Initiative belohnt werden und in der jeder Mensch die Möglichkeit zum Aufstieg hat. Wir fordern die Einführung einer weiteren Tarifzone der Einkommenssteuer mit einem Spitzensteuersatz von 50% ab einem Jahresbruttoeinkommen von einer Million Euro. Alle Einkünfte, auch die aus Kapitalvermögen, sollen über die progressive Einkommenssteuer versteuert werden. Schenkungen und Erbschaften von wirtschaftlich genutztem Vermögen, insbesondere Unternehmensbeteiligungen und vermieteten Immobilien, fallen ebenfalls unter diese Regelung. Deren Besteuerung kann aber auf bis zu zehn Jahre verteilt und in Härtefällen gestundet werden.

7.1. ALLE MARKTTILNEHMER

Gründer, Unternehmer und Entrepreneurere beleben mit ihren neuen Ideen, Dienstleistungen, Produkten und Verfahren den nationalen und globalen Wettbewerb. Dies spielt für NRW eine wichtige Rolle, denn mit ihnen als Speerspitze kann das „Land der Kohle und des Stahls“ sein Potenzial als Land des Fortschritts und der Erfindungen ausschöpfen. Wesentliches Merkmal unserer Herangehensweise ist der stete Bezug zu wissenschaftlichen Erkenntnissen, nicht nur aus technologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher und sozialer Perspektive. Aktuelle Regelungen sind oft mit hohen bürokratischen Hürden belastet, die

internationale Großkonzerne bevorzugen, aber Kleinunternehmer, Gründer und Arbeitnehmer zu wenig in den Fokus nehmen. Das wollen wir verändern. Wir möchten die unterschiedlichen Chancen aller Marktteilnehmer weitestgehend angleichen und beispielsweise die Beteiligung von Arbeitnehmern an Unternehmen erleichtern und begünstigen. Innovativem Unternehmertum sollen Investitionen durch finanzielle Förderungen leichter gemacht werden. Markteintrittsbarrieren, ob für Privatpersonen oder Unternehmen, sollen – unter Berücksichtigung von Umweltschutz und sozialer Verantwortung – weitestgehend vermindert werden.

8. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR DIE GESUNDHEIT UNSERER MITMENSCHEN

Dank wissenschaftlicher Durchbrüche und technologischen Fortschritts konnte die moderne Medizin die Lebenserwartung und -qualität aller Menschen in den letzten Jahrzehnten drastisch verbessern. Gleichzeitig hat sich gezeigt, woran unser Gesundheitssystem selbst krankt: Strukturelle Minderversorgung benachteiligter Bevölkerungsschichten, grassierende Fehlinformationen und Pseudomedizin, übermäßige

Bürokratisierung und Profitorientierung der Versorgungsstrukturen sowie Mangel an qualifiziertem Personal gefährden langfristig die Gesundheit der Bevölkerung. Mit unserer humanistischen Gesundheitspolitik wollen wir diese Probleme angehen und unsere Vision eines zukunftsfähigen, patientenorientierten Gesundheitswesens verwirklichen – weltbeste Medizin für alle!

8.1. DIE PFLEGE

Die Pflege ist nicht nur elementar für ein funktionierendes Gesundheitssystem, sondern trägt auch entscheidend dazu bei, Unterstützungsbedürftigen ein Leben in Würde und Autonomie zu ermöglichen. Der Pflegenotstand ist eines der drängendsten Probleme unserer alternden Gesellschaft. COVID-19 hat eindrücklich gezeigt, woran es schon lange mangelt: Schon zuvor fehlten mehr als 120.000 Pflegefachpersonen. Die Ursachen sind vielfältig: mangelnde Anerkennung als eigenständige Fachexperten, der demographische Wandel, miserable Arbeitsbedingungen und vieles mehr. Die Wertschätzung von Pflegekräften und anderen Gesundheitsberufen (z.B. medizinischen Fachangestellten) muss

sich sowohl in ihrer Berufspraxis als auch gesamtgesellschaftlich verbessern. Hierzu fordern wir, endlich eine angemessene Bezahlung in bundeseinheitlichen Tarifverträgen zu realisieren; dabei darf es keine Ausnahmen für kirchliche Träger geben. Um den Beruf auch im Alter und mit Familien attraktiver zu gestalten, wollen wir flexible Arbeitszeitmodelle fördern und die strikte Einhaltung des Arbeitsschutzes durchsetzen. Eine adäquate Patientenversorgung gewährleisten wir durch verbindliche Personaluntergrenzen mit Sanktionen bei Unterschreitung bis hin zur Betriebsschließung. Pflegerische Perspektiven müssen in allen Bereichen mehr Berücksichtigung finden.

Perspektivisch wollen wir die Akademisierung und Professionalisierung des Berufs weiter vorantreiben und im

Sinne des Community Health Nursing auch neue Tätigkeitsfelder eröffnen.

8.3. DIE SOLIDARISCHE BÜRGERVERSICHERUNG

Jedem Menschen steht der Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung zu, unabhängig von seinem Einkommen. Daher brauchen wir eine solidarische Bürgerversicherung. In Deutschland existiert jedoch ein duales System der Krankenversicherungen. Beamte, Selbstständige und Personen, deren Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze liegen, können sich der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen entziehen und sich privat versichern lassen. Dies schafft für einige Menschen Privilegien, wie einen teilweise kostengünstigeren Beitragssatz bei einem wesentlich stärkeren Leistungsangebot. Das lässt sich mit einer humanistischen

Gesundheitspolitik nicht vereinen. Wir setzen uns daher für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung ein, in die jeder Bürger einkommensabhängig Beiträge einzahlt. Ein einheitlicher, nach rationalen Gesichtspunkten festgelegter Leistungskatalog und der reduzierte Verwaltungsaufwand würden Kosten senken und allen Menschen die optimale Versorgung bieten – unabhängig vom Verdienst. Private Vollkrankenvollversicherungen wollen wir schrittweise abschaffen und in freiwillige Zusatzversicherungen überführen, beispielsweise für nichtevidenzbasierte Verfahren. Die Vergütung medizinischer Leistungen soll an die Qualität der Versorgung gekoppelt werden.

8.2. EVIDENZBASIERTE MEDIZIN

Die medizinische Versorgung sollte sich nicht auf Meinungen und Traditionen, sondern auf die wissenschaftliche Evidenz ihrer Wirksamkeit stützen. Medizinische Methoden ändern sich stetig und werden durch fortschreitende wissenschaftliche Erkenntnisse zum Wohl des Patienten verbessert. Ungeachtet dessen haben

viele Menschen auch heute noch irrationale Ansichten darüber, was Krankheit ist, wie sie entsteht und wie sie überwunden werden kann. Ein Beispiel dafür sind die Lehren der Anthroposophie, die Homöopathie oder einige religiöse Vorstellungen.

Entsprechend werden „Heilverfahren“ angewendet, deren Nutzen nicht über den Placeboeffekt hinausgeht und deren angebliche Wirkweise den Naturgesetzen widerspricht. Um das zu überwinden, verlassen wir uns nicht auf subjektive Erfahrungen, sondern auf nachvollziehbare wissenschaftliche Studien. Wir fordern, dass solche Pseudomedizin ohne wissenschaftlichen Wirknachweis keine Kassenleistung mehr sein darf. Dazu gehört auch die Abschaffung der Apothekenpflicht für Mittel, deren Wirksamkeit nachweislich nicht über den Placeboeffekt hinausgeht,

sowie die Abschaffung von Ausnahmeregelungen von gängigen wissenschaftlichen Anforderungen für die Zulassung von Heilmitteln. Sogenannte Alternativmedizin darf nicht durch irreführende Werbung als medizinisch wirksam angeboten werden und muss entsprechend gekennzeichnet sein. An Hochschulen dürfen keine pseudowissenschaftlichen Lehr- und Forschungsinhalte angeboten werden. Stattdessen braucht es intensiviertere gesundheitliche Bildung und Aufklärung zu wissenschaftlicher Methodik und kritischem Denken.

8.4. SELBSTBESTIMMTES LEBEN BIS ZUM SCHLUSS

Wir sind der Überzeugung, dass die Entscheidung über ein aktiv herbeigeführtes Ende des eigenen Lebens allein bei uns selbst liegen sollte. Als Humanisten sind wir der Ansicht, dass hierbei allein der frei geäußerte Wille des Patienten ausschlaggebend ist. Und in vielerlei Hinsicht wurde diese Maxime in den letzten Jahren bereits umgesetzt, etwa in Form der Patientenverfügung. Wird ein Patient nach einem Unfall mechanisch beatmet, hat aber in seiner Patientenverfügung festgehalten, dass er dies nicht wünscht, ist sein behandelnder Arzt verpflichtet, das Beatmungsgerät abzuschalten und den Patienten so (aktiv!) sterben zu lassen. Wir fordern den gleichen Respekt des Patientenwillens auch in Situationen, in denen keine akut lebensbedrohliche Situation vorliegt – so dass Menschen selbstbestimmt,

schmerzfrei und in Würde sterben können. Wir fordern, dass der frei geäußerte Wille zu sterben, respektiert wird und das Bereitstellen eines tödlichen Medikaments wie Pentobarbital durch den behandelnden Arzt legalisiert wird, um einen sanften Suizid zu ermöglichen. Hierzu braucht es die Schaffung von Straffreiheit zur Tötung auf Verlangen (aktive Sterbehilfe) im § 216 StGB für ärztliches Fachpersonal bei eindeutiger Willensbekundung. Die bisherige Regelung von Straffreiheit bei Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen (Sterbenlassen / passive Sterbehilfe) muss beibehalten werden. Wir wollen durch eindeutige gesetzliche Regelungen Rechtssicherheit schaffen. Im Falle von Sterbehilfe dürfen demnach auch keine juristischen Folgen nach § 323c StGB (unterlassene Hilfeleistung) eintreten.

9. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR BILDUNG

Gute Bildung ist der Schlüssel zu Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie ist der Motor für zukünftige Innovationen und Fortschritt. Unserem humanistischen Grundansatz entsprechend hat jeder Bürger Europas das Recht auf Chancengleichheit, unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Damit dieses Recht Wirklichkeit wird, sind erhebliche Investitionen in die Bildung notwendig. Doch diese werden die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand, technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt und Sicherheit bilden. Als Humanisten streben wir eine aufgeklärte Gesellschaft an, in der Bildung und Wissenschaft maßgeblich zu persönlicher

und gemeinschaftlicher Identität beitragen. Wir setzen uns für ein bundesweit einheitliches Bildungssystem, eine tatsächlich inklusive Bildungslandschaft und die Möglichkeit zu lebenslangem Lernen ein. Qualität der Ausbildung sowie Attraktivität von Lehr- und Erziehungsberufen müssen erhöht werden. Schüler sollten zur kritischen Reflexion und zum wissenschaftlichen Arbeiten ermutigt werden, um sich frei von dogmatischen Einflüssen selbstbestimmt entwickeln zu können. Eine gemeinsame ethisch-philosophische Bildung soll den bekenntnisorientierten Religionsunterricht ersetzen.

9.1. EUROPÄISCHE BILDUNGSSTANDARDS

Unser Ziel ist es, einheitliche Bildungsstandards zunächst auf nationaler und langfristig auf europäischer Ebene zu etablieren. Damit wird die Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Abschlüssen erhöht. Als Humanisten befürworten wir es, wenn die Menschheit ihren Wissens- und Erfahrungsstand zum Wohle aller teilt. Europa soll ein Standort für Wissenschaft und Innovationen sein und bleiben. Europäische Forschung soll dabei stets einen Fokus darauf haben, die globalen Probleme unserer Zeit anzugehen und im Sinne einer aufgeklärten Gesellschaft wirken. Wir möchten, dass europäische Bildung und

Forschung stets die besten Standards erfüllt. Konkret wollen wir Schüleraustausch-Programme erweitern und den Ausbau des Erasmus-Programms vorantreiben, um Europa als Bildungsstandort zu stärken. Eine Vernetzung der Ausbildungsberufe innerhalb Europas und damit eine Angleichung geltender Standards wollen wir ebenfalls fördern. Es wird notwendig sein, europäische Kompetenzraster und Lehrpläne zu erstellen, die durch regionale Bildungsbausteine erweitert werden können, um vergleichbare Standards innerhalb der EU zu schaffen.

Darüber hinaus ist es zielführend, Lehrkräfte über Fortbildungen und europäische Austauschprogramme fortlaufend mit den aktuellen Erkenntnissen der Forschung in den Bereichen Didaktik, Methodik und

Pädagogik vertraut zu machen. Sie sollen allerdings auch als Multiplikatoren zur Verbreitung dieser Inhalte in ihren Kollegien und Umsetzung in ihren Schulen beitragen.

9.3. DIGITALE BILDUNG

Die Digitalisierung prägt unsere Gegenwart und Zukunft. NRW muss deshalb die Chancen erkennen, die sich in diesem Zusammenhang für den Unterricht und die Kompetenzentwicklung unserer Kinder ergeben und sie konsequent nutzen. Um Schüler und Studenten jeden Alters zu befähigen, selbstbestimmt und kritisch mit digitalen Technologien und Inhalten umzugehen, ist ein durchdachtes und alltagstaugliches Konzept notwendig. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Digitalität muss daher essenzieller Bestandteil von Bildung sein. Die praktischen Erfahrungen während der

Corona-Pandemie müssen evaluiert und hierfür als zusätzliche Basis für Verbesserungen genutzt werden. Zu schaffende Grundvoraussetzungen sind der schnellstmögliche Netzausbau und die flächendeckende Bereitstellung von zeitgemäßer Hard- und Software. Außerdem setzen wir uns für Weiterbildungen von Lehrkräften im Umgang mit moderner Technik in allen Formen von Bildungseinrichtungen sowie zusätzliches IT-Personal ein. Zudem müssen digitale Arbeitstechniken verbindlicher Teil der Ausbildung von Lehrern werden.

9.2. ETHIKUNTERRICHT

Er soll den Schülern die notwendigen Kompetenzen vermitteln, um in einer modernen, offenen Gesellschaft eigenverantwortliche, ethische und aufgeklärte Entscheidungen treffen zu können. Wir Humanisten fordern, den verpflichtenden bekenntnisorientierten Religionsunterricht bundesweit abzuschaffen, da er kaum mit Werten wie

Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung, Religions- und Wissenschaftsfreiheit vereinbar ist. Stattdessen wollen wir einen gemeinsamen Ethikunterricht einführen, der ethisch-philosophische Bildung vermittelt und alle Religionen und Weltanschauungen neutral behandelt. Er kann ein starkes Instrument zur

Wertevermittlung und zur Schulung von Toleranz sein. Im Sinne eines säkularen Staates wollen wir langfristig erreichen, dass alle staatlich anerkannten Schulen in

NRW in bekenntnisfreie Schulen umgewandelt werden. Hierbei unterstützen wir auch die Initiative "Kurze Wege für kurze Beine".

10. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR KULTURELLE VIELFALT

Kulturelle Vielfalt spiegelt die Diversität unserer Bevölkerung wider und bietet Chancen für Integration. Kultur ist einer der Stützpfeiler einer humanistischen, aufgeklärten und freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Außerdem trägt sie maßgeblich zur persönlichen sowie zur gemeinschaftlichen Identität bei. Kultur ist für uns die Gesamtheit aus so vielen Aspekten, wie es Menschen gibt, die sie erschaffen und erleben: gemeinsame Werte, Erfahrungen, Traditionen, Vorstellungen, Geschichten und Gefühle. Denn so wie sich die Menschen stetig verändern, verändert sich auch die Kultur. Die daraus resultierende kulturelle Vielfalt hat für uns einen

gesellschaftlichen Wert. Entsprechend wollen wir sowohl kulturelle Vielfalt als auch die zahlreichen Kulturgüter schützen, die bereits hervorgebracht wurden. Dabei gilt es, ihre Integrität zu wahren und sie nicht aufgrund aktueller Gepflogenheiten zu beschneiden oder zu zensieren. Denn Kulturgüter sind auch in sich geschlossene Zeitzeugnisse, aus denen wir über unsere Gesellschaft, aber auch über uns selbst, Lehren ziehen können. Kultur wollen wir deshalb auch fördern und anerkennen. Tanz, Musik, Kunst, Theater, Film und natürlich auch Computerspiele haben einen sinnlichen Einfluss auf unsere Gesellschaft und ihre Kultur.

10.1. EIN FAIRES MITEINANDER

Im Land NRW des Jahres 2022 sind die Lebensentwürfe so verschieden wie die Menschen selbst. Bei uns treffen viele Kulturen und Prägungen aufeinander. Und all die Menschen dahinter haben es verdient, hier die Bedingungen vorzufinden, die ihnen größtmögliche politische und gesellschaftliche Teilhabe, aber auch eine selbstbestimmte Entwicklung ermöglichen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass demokratische Prozesse inklusiver, offener und für alle

zugänglicher werden. Dies wollen wir durch eine Reform des Wahlrechts, aber auch mit den Mitteln des eGovernments erreichen. Zugleich wollen wir religiöse Einflussnahme auf Gesetze und das Parlament, aber auch in allen anderen staatlichen Angelegenheiten unterbinden. Dafür ist die Beachtung der Prinzipien Säkularisierung, Transparenz und Selbstbestimmung in der Gestaltung unserer Politik richtungsweisend.

11. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR SÄKULARISIERUNG

In einer modernen Gesellschaft müssen alle Bürger jederzeit das Recht haben, ihre weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen frei wählen zu dürfen, aber auch, unberührt von den Ansichten anderer zu leben. Religiöse und weltanschauliche Werte und Normen dürfen keinen Einfluss auf den Alltag Nicht- oder Andersgläubiger sowie staatliche Institutionen und Gesetze haben. Die Bekenntnisfreiheit steht nicht über den Rechten Dritter. Deshalb streben wir eine strikte Trennung von Staat und Religionen an. Die Kirchen haben gegenwärtig immensen Einfluss im gesellschaftlichen und politischen Leben und genießen zahlreiche Privilegien. Besonders die Missbrauchsfälle der letzten Jahre im Erzbistum Köln haben gezeigt, dass diese Privilegien schamlos ausgenutzt werden, um Täter zu schützen und Missstände nicht aufzuarbeiten. Dafür erhalten die Kirchen auch noch umfangreiche Zahlungen von staatlicher Seite. Kirchensteuern werden vom Staat für sie eingetrieben. Kirchen sind im Arbeitsrecht weitgehend vom Bürgerlichen

Gesetzbuch unabhängig, insbesondere vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Wir wollen endlich den 100 Jahre alten Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen erfüllen. Diese sind unverzüglich und ohne Abschlagszahlungen einzustellen. Die Legalisierung der medizinisch nicht notwendigen Beschneidung männlicher Kinder in § 1631d BGB soll aufgehoben werden. Bekenntnisfreiheit ist ein hohes Gut, doch sie darf nicht über der Gesundheit von Individuen stehen, insbesondere wenn diese sich nicht wehren können. Wir wollen die staatliche Finanzierung kirchlicher Würdenträger und theologischer Fakultäten beenden. Der ‚Dritte Weg‘ des kirchlichen Arbeitsrechts soll aufgehoben werden. Die Anwendung staatlichen Arbeitsrechts, das im Gegensatz zum kirchlichen Arbeitsrecht Arbeitskampf und Betriebsräte vorsieht, soll soziale Gerechtigkeit für Arbeitnehmer in kirchlichen Institutionen sicherstellen. Religionsgemeinschaften sollen nicht bessergestellt sein als andere Arbeitgeber.

12. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR TRANSPARENZ

Transparenz ist in einer demokratischen Gesellschaft ein hohes Gut. Sie ist nicht nur notwendig, um die Kontrolle politischer Prozesse durch entsprechende Institutionen zu ermöglichen und verantwortliche Personen zur Selbstkontrolle zu animieren. Sie ist absolut notwendig, damit Wähler und damit auch die gesamte Bevölkerung weiß, ob in ihrem Interesse gehandelt wird oder ob einflussreichere Gruppierungen sich einen Vorteil verschaffen. Um die geeignete Basis für Gesetzesentwürfe und ihre Entscheidungen zu erlangen, ist es für die verantwortlichen Politiker jedoch zwingend notwendig, Kontakt zu Lobbygruppen, als Vertreter berechtigter Interessen, zu halten und deren Expertise zu berücksichtigen. Allerdings gilt es hier, einen entscheidenden Punkt zu beachten: Der Gesetzgebungs- und

Entscheidungsprozess von Politikern muss transparent sein. Vorteilsnahme und einseitige Berücksichtigung von Lobbyinteressen müssen verhindert werden. Deshalb fordern wir ein verpflichtendes Lobbyregister ohne Ausnahmen sowie die Offenlegung sämtlicher relevanter Informationsquellen und eine Veröffentlichungspflicht für alle Nebeneinkünfte von Mandatsträgern. Ebenso muss offengelegt werden, welche Lobbygruppen an welchen Gesetzen mitgeschrieben haben. Alle Parteispenden müssen veröffentlicht werden und in der Höhe beschränkt sein. Wir lehnen den sogenannten Fraktionszwang ab, da er die verfassungsmäßigen Rechte der Abgeordneten in unzulässiger Weise einschränkt und den demokratischen Prozess behindert.

13. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR MY BODY, MY CHOICE!

Die individuelle Freiheit ist die wichtigste Voraussetzung, um ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Grundsätzlich soll der Staat nicht bestimmen, was für ein erwachsenes Individuum richtig ist und welche Entscheidungen für das eigene Leben getroffen werden. Der Staat tritt nicht als Vormund seiner Bürger auf, sondern unterstützt sie, ihr Leben frei und selbstbestimmt zu gestalten, indem er ihre Grundrechte schützt. Zu diesen Grundrechten gehört für uns insbesondere die körperliche Selbstbestimmung. Leihmutterschaft und Sexarbeit sind deshalb eine legitime Nutzung des eigenen Körpers. Solchen Entscheidungen darf sich der Staat nicht aufgrund von konservativen Vorurteilen entgegenstellen. Drogenkonsum ist für uns ebenfalls eine Frage der Selbstbestimmung, die

mündigen Erwachsenen nicht abgenommen werden sollte. Der Staat muss in all diesen Bereichen für Schutz sorgen. Geschützt werden müssen Sexarbeiter vor Ausbeutung. Kinder verdienen Schutz vor nicht notwendigen körperlichen Eingriffen, wie der Knabenbeschneidung. Ungewollt Schwangere sollten ein Recht auf leicht zugängliche Informationen zum Schwangerschaftsabbruch und auf dessen Durchführung haben. Drogenkonsumenten sollten zu legalen Verbrauchern werden und damit auch auf die Vorzüge von Verbraucherschutzrechten zurückgreifen können, die den Drogenkonsum nicht zu einem Risiko für ihre Gesundheit werden lassen. Die Bürger unseres Landes verdienen Rechte, um ungefährdet sie selbst sein zu können.

13.2. ENTSTIGMATISIERUNG VON SEXARBEIT

Sexarbeit wird häufig als das „älteste Gewerbe der Welt“ bezeichnet. Sie ist ein Gewerbe, das zweifelsohne mit Vulnerabilität und hohem Potenzial für Ausbeutung und Missbrauch verbunden ist. Allerdings gibt es ebenso Menschen, die selbstbestimmt und freiwillig der Sexarbeit nachgehen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die Gesetzgebung muss beiden Aspekten gerecht werden. Die Kriminalisierung der Sexarbeit, wie sie beispielsweise von Anhängern des nordischen Modells bevorzugt wird, bewirkt keine Verbesserung der Situation. Die Verlagerung der Sexarbeit in die Illegalität erschwert vielmehr die staatliche Kontrolle, verschlechtert so die Arbeitsbedingungen der Sexarbeiter und verstärkt die bereits vorhandene

gesellschaftliche Stigmatisierung noch zusätzlich. Wir fordern die Legalisierung der Sexarbeit nach neuseeländischem Vorbild und die damit verbundene Anerkennung als Beruf. Leicht zugängliche Beratungsstellen sowie Bildungs- und Umstiegsangebote sollen Sexarbeiter unterstützen und – nur wenn gewünscht – Alternativen aufweisen. Politische Änderungen in anderen Politikbereichen, wie die Einführung eines Grundeinkommens und eine rationale Drogenpolitik, sollen sicherstellen, dass Sexarbeit selbstbestimmt stattfindet. Wir wollen Gewerkschaften und Verbände an der Gesetzesentwicklung beteiligen, um zu gewährleisten, dass die Interessen und Bedürfnisse der Sexarbeiter berücksichtigt werden.

13.1. LEGALISIERUNG

Die bisherige Drogenpolitik ist aus unserer Sicht gescheitert. Sie schafft es weder, Konsum zu reduzieren, noch von problematischem Konsum betroffenen Menschen wirklich zu helfen. Durch das Drängen der Konsumenten und Anbieter von Drogen in die Illegalität werden internationale kriminelle Strukturen gefördert und wird mehr Leid verursacht, als psychoaktive Substanzen allein je auslösen könnten. Die neue Bundesregierung geht mit der Legalisierung von Cannabis schon in die richtige Richtung. Allerdings schaffen wir mit einer Legalisierung aller Drogen

gleichzeitig die Möglichkeit zu verantwortungsbewusstem Konsum. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass dem Konsumenten die Risiken seines Handelns bekannt sind und von ihm so weit wie möglich reduziert werden, wobei insbesondere die (fahrlässige) Schädigung Dritter zu vermeiden ist. Die Aufgabe des Staates ist es, dies zu fördern, indem er umfassend und nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen über alle bekannten psychoaktiven Substanzen Informationen zur Verfügung stellt und ü

über Harm Reduction sowie Safer-Use-Strategien aufklärt. Wenn die nötigen Qualitätskontrollen vorhanden sind, durch die Manipulationen der Substanzen ausgeschlossen werden können, kann der Konsument zu einer korrekten Einschätzung über seinen Konsum gelangen. Dies ist unser Ziel und sollte ähnlich wie bei momentan angebotenen psychoaktiven Substanzen, wie Alkohol und Tabak, umgesetzt werden. Wir fordern daher die Einstufung des Gefährdungspotenzials psychoaktiver Substanzen hinsichtlich

wissenschaftlicher Kriterien, auch für die bereits legal erwerbzbaren Drogen Alkohol und Tabak. Der Drogenhandel über den Schwarzmarkt muss darüber hinaus reduziert und legale Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden, um so kriminellen Kartellen ihre Machtbasis zu nehmen und die Reduzierung von Beschaffungskriminalität zu erreichen. Mehr informierte Bürger, die verantwortungsbewusste Entscheidungen im Umgang mit psychoaktiven Substanzen treffen, sind unser Ziel.

14. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung prägt bereits unsere Gegenwart und ist unerlässlich für unsere Zukunft. Wir möchten ihre Chancen frühzeitig ergreifen und fördern, auch um potenziellen Gefahren rechtzeitig entgegenzuwirken. Digitalisierung und Automatisierung können die Effizienz der Wirtschaft steigern und großen Einfluss auf unser Alltags- und Arbeitsleben haben. Die Entwicklung in der Forschung, z. B. zur künstlichen Intelligenz und zum autonomen Fahren, lassen weitere gravierende Änderungen erahnen. Wir wollen NRW nicht nur auf die zunehmenden Veränderungen vorbereiten, sondern diese mutig vorantreiben und positiv beeinflussen. Digitalisierung

bedeutet für uns zum einen die Möglichkeit einer verbesserten demokratischen Beteiligung und mehr Transparenz für alle Bürger. Zum anderen spielen Forschung und Entwicklung digitaler Technologien für uns eine wichtige Rolle. Daher fordern wir einen schnellen und stabilen Internetzugang sowie ein flächendeckend zuverlässiges Mobilfunknetz für alle. Wir setzen uns für einen zukunftsorientierten und verantwortungsvollen Einsatz digitaler Technologien ein und möchten mit ihrer Hilfe sichere und effektive Möglichkeiten zur demokratischen Mitbestimmung schaffen.

14.1. DIGITALE SELBSTBESTIMMUNG UND PRIVATSPHÄRE

Das Menschenrecht auf Privatsphäre kann nur geschützt werden, wenn beim Datenschutz grundsätzlich informationelle Selbstbestimmung gewährleistet wird. Wir betrachten digitale Selbstbestimmung und Privatsphäre als wichtige Bestandteile der individuellen Freiheit. Nur wer nicht überwacht wird, kann sich frei entfalten. Staatliche Maßnahmen, welche die Bürger unter Generalverdacht stellen, lehnen wir deshalb ab. Wir wollen eine Zukunft, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, seine Daten einzusehen, zu kontrollieren und

über sie zu verfügen. Um dies zu erreichen, setzen wir auf eine nutzerorientierte und dezentrale Datenökonomie, durch die jeder Mensch frei darüber entscheiden kann, welche personenbezogenen Daten erhoben, verarbeitet, ausgewertet und geteilt werden. Datenschutz und -sicherheit müssen konsequent umgesetzt werden. Wir fordern, dass das Recht auf Privatsphäre und Datensouveränität beim Nutzen digitaler Kommunikationswege geschützt bleibt.

Die systematische Schwächung verschlüsselter Kommunikation lehnen wir ab. Biometrische Technologien müssen streng reguliert werden. Den Einsatz flächendeckender biometrischer Überwachung lehnen wir ab. Staatliche Akteure sollen sich auf den Schutz und die

Ausfallsicherheit der eigenen digitalen Infrastrukturen konzentrieren. Sicherheitslücken in IT-Systemen müssen auch von diesen gemeldet werden (responsible disclosure). Die anlasslose und massenhafte Speicherung von Vorratsdaten lehnen wir ab.

14.3. MEINUNGSFREIHEIT IM INTERNET

Meinungsfreiheit ist ein Grundpfeiler unserer modernen Demokratie und muss deshalb auch in der digitalen Welt gelten. Aktuell wurden bzw. werden in Deutschland kontroverse Gesetze zum Thema Hasskriminalität (NetzDG) bzw. Urheberrecht (Artikel 17) erlassen. Diese Art der Gesetzgebung macht Plattformen haftbar für dort veröffentlichte Inhalte und schafft Anreize, Inhalte der Nutzer im Zweifel eher zu löschen – beispielsweise durch Uploadfilter – statt eine kontextbezogene Abwägung zu treffen.

Dies gefährdet die Meinungsfreiheit im Netz, weshalb wir derartige Gesetze kritisch sehen. Die Meinungs- und Kunstfreiheit muss auch im Internet geschützt werden. Lösungsansätze für Probleme, wie etwa Hasskriminalität oder Urheberrechtsverletzungen, dürfen diese nicht beschneiden. Wir fordern eine Neubewertung der Effektivität und Verfassungskonformität des NetzDG, und eine europäische Fair-Use-Regelung soll die Vergütung von Urhebern sicherstellen.

14.2. OPEN SOURCE

Quelloffene Produkte schaffen Vertrauen und alle können von ihnen profitieren. Interessierte können bei quelloffener, sogenannter Open-Source-Software, beispielsweise transparent nachvollziehen, welche Daten erhoben und verarbeitet werden. Wir unterstützen die Nutzung freier Software in allen Bereichen. Öffentliche Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen sollen nach und

nach verstärkt auf freie Software umstellen. Die Nutzung proprietärer Software soll besonders hier auf ihre Zweckmäßigkeit untersucht werden. Starke Abhängigkeiten zu einzelnen Herstellern wollen wir vermeiden. Es sollen gezielt staatliche Fördergelder für die Entwicklung von Open-Source-Projekten

vergeben werden, die der Allgemeinheit zugutekommen. Durch die quelloffene Gestaltung ist es möglich, schneller auf Probleme und Neuerungen in der Anwendbarkeit zu reagieren. Software, die

überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, muss unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden, damit sie allen zur Verfügung steht.

15. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR DIE WISSENSCHAFT

Wir sind fest davon überzeugt, dass Fakten, Rationalität und wissenschaftliche Methoden die geeignetsten Mittel zu einer im Ergebnis fundierten und zielgerichteten Entscheidungsfindung sind. Damit die Wissenschaft ihre wichtige gesellschaftliche Funktion erfüllen kann, muss sie frei von ökonomischen Zwängen und ideologischer Instrumentalisierung sein. Deshalb wollen wir die bestmöglichen Bedingungen für Wissenschaft und Forschung sicherstellen. Für gesellschaftlichen Fortschritt und politische Entscheidungsfindung sind die Erkenntnisse der Wissenschaft unabdingbar – auf ihrer Basis können unsere nationalen und globalen Herausforderungen gemeistert werden. Daher müssen hohe Qualitätsstandards

der Forschung gewährleistet und die Wissenschaftskommunikation verbessert werden. Zudem braucht es für Wissenschaftler sicherere Beschäftigungsbedingungen, damit diese sich effektiv auf Forschung konzentrieren können. Wir legen Wert auf eine bessere Finanzierung der Forschung, das Schaffen neuer Stellen und das Entfristen von Verträgen. Open-Data-Konzepte und die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft müssen aktiv gefördert werden. Wissenschaft muss der Bevölkerung zugänglich sein und die wissenschaftliche Arbeitsweise Vorbildcharakter für Ausbildung und Bildung jeder Art haben. Erfolgversprechende Ergebnisse werden stetig geprüft und sowohl in Politik als auch in der Wirtschaft nutzbar gemacht.

15.1. OPEN DATA & OPEN ACCESS

Frei zugängliche Daten- und Wissensbestände sind ein wertvolles Gemeingut und tragen zu einer informierten Gesellschaft bei. Zur Stärkung von Open Data möchten wir das E-Government-Gesetz (EGovG) ausweiten und verbindliche Fristen zur Publikation öffentlich zugänglicher Daten setzen. Große Anbieter von

Kommunikationsdiensten, wie z. B. Messenger und soziale Netzwerke, möchten wir verpflichten, offene Schnittstellen zur Verfügung zu stellen, um der Bildung von Quasimonopolen vorzubeugen. Forschungsergebnisse, die durch öffentliche Institutionen finanziert wurden, müssen für die Öffentlichkeit frei zugänglich sein. Gleiches gilt für Daten,

die aus öffentlich finanzierten Quellen erzeugt wurden. Diese müssen daher ohne bürokratische Hürden der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Wir fordern,

dass die Öffentliche Hand einen Speicherort für großvolumige Datensätze mit wissenschaftlichem Hintergrund einrichtet und diese dauerhaft archiviert.

16. RATIONALE LÖSUNGEN FÜR EUROPA

Die Europäische Union hat sich seit über 70 Jahren als Garant für Freiheit und Freizügigkeit, Frieden und Vielfalt in Europa bewährt. Im Zuge der unumkehrbaren wirtschaftlichen Globalisierung, von der wir in NRW, Deutschland und Europa massiv profitieren, ist die Bedeutung der EU weiter gewachsen. Es gibt für uns keine Alternative zu diesem europäischen Einigungs- und Zukunftsprojekt, doch wir wollen es reformieren und weiterdenken. In unserer "Vision für Europa" fordern wir eine Überwindung der nationalstaatlichen Egoismen, wie sie sich unter anderem im Brexit und den Forderungen der osteuropäischen Staaten zeigen und die heute wie ein Klotz am Bein des Zukunftsprojektes Europa hängen. Wir fordern eine echte, demokratische europäische Republik, eine europäische Staatsbürgerschaft, einen verbindlichen Grundrechterahmen und übergreifende Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte, die auch auf die Herstellungsbedingungen von Importprodukten zunehmend Anwendung finden sollen. Wir fordern eine europäische Armee, zentrale Ministerien für Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik und einheitliche Koordinierung der Migration auf EU-Ebene. Wir fordern, alle

Entscheidungen, die nicht zentral getroffen werden müssen, zurück auf die Ebene der Regionen zu bringen und den betroffenen Menschen wieder eine demokratische Stimme zu geben. Ein starkes, geeintes, demokratisches Europa ist ein weltpolitischer Stabilitätsgarant und im Hinblick auf die nachlassende US-amerikanische Dominanz heute wichtiger denn je. Doch auch nach 70 Jahren spricht Europa nach außen nicht mit einer Stimme. Wir wollen daher die Position des EU-Außenbeauftragten aufwerten zu einem echten Außenministeramt der Bundesrepublik Europa, die ihre Stimme in der Welt erhebt. Das Bestreben der europäischen Außen- und Wirtschaftspolitik muss sein, die Welt jenseits nationaler oder territorialer Egoismen für alle besser zu machen. Dies ist einer der wesentlichen Faktoren zur Vermeidung von Elends- und Wirtschaftsmigration. Investitionen in Infrastruktur, staatliche Rechtssysteme, Bildung und Ausbildung, Klimawandelfolgenausgleich und wirtschaftliche Kooperation auf Augenhöhe sind weitere wesentliche Elemente der von uns angestrebten Außen- und Wirtschaftspolitik.